

KASSELER

DURCH BLICK

Nr. 2

Energieversorgung
mit Wind und Sonne –
unsicher und unbezahlbar

Turbulenzen
in der Stadtverordneten-
versammlung

Wiederwahl
von Stadtbaurat Nolda
beschlossen

Essay:
Erfahrungen einer
Kasseler Studentin

› Gedenken an die Mordopfer des totalitären NS-Terrors › Null Toleranz für Kriminalität am Stern › AfD-Fraktion fordert Auftrittsverbot für türkische Politiker in Kassel › Stellenabbau bei Bombardier auch eine Folge verfehlter Verkehrspolitik › Kasseler AfD-Fraktion lehnt den Haushaltsentwurf ab

Alternative für Deutschland

ALTERNATIVE FÜR KASSEL



AfD-
RATHAUSFRAKTION

Inhalt

- 03 | Grußwort des Fraktionsvorsitzenden
- 04 | Grußwort des ehrenamtlichen Stadtrats
Pressespiegel-Skandal
- 05 | Wiederwahl von Stadtbaurat Nolda (Grüne)
beschlossen
- 06 | Immense Kosten für unbegleitete minderjähri-
ge Ausländer
- 07 | Versteckte Kosten der Migration
- 08 | Gedenken an die Mordopfer des totalitären
NS-Terrors
- 09 | Energieversorgung mit Wind und Sonne –
unsicher und unbezahlbar
- 11 | Turbulenzen in der Stadtverordneten-
versammlung
- 12 | Koranverteilungen in Kassel
- 13 | Essay: Erfahrungen einer Kasseler Studentin
- 14 | Null Toleranz für Kriminalität am Stern
Migranten machen Partymeile zur
Gewaltmeile
- 15 | Lebensraum friedlicher Bürger verteidigen
Das Verschwinden der documenta aus
Kassel verhindern
- 16 | Kasseler AfD-Fraktion fordert die Abschiebung
des Imams der Medina-Moschee
- 17 | AfD-Fraktion fordert Auftrittsverbot für türki-
sche Politiker in Kassel
Stellenabbau bei Bombardier auch
eine Folge verfehlter Verkehrspolitik
- 18 | Kasseler AfD-Fraktion lehnt den
Haushaltsentwurf ab
Professor Dr. Holzapfel – Umweltzonen

Wir nehmen den von Ihnen erhaltenen Auftrag, Ihre Interessen zu vertreten, sehr ernst und setzen unsere Kraft für Sie ein. Mit unserer Fraktionszeitung möchten wir Ihnen die Möglichkeit zur Einsicht in unsere Arbeit bieten.



MICHAEL WERL

Grußwort

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

es freut mich sehr, Ihnen die zweite Ausgabe unserer Fraktionszeitung mit dem Namen „Kasseler Durchblick“ präsentieren zu dürfen. Wie bereits in der letzten Ausgabe berichten wir wieder über unsere kommunalpolitische Arbeit, unsere Erfahrungen in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung und den dazugehörigen Ausschüssen.

Die Alternative für Deutschland stellt, wie Sie möglicherweise wissen, seit dem 6. März 2016 acht Stadtverordnete in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung sowie einen ehrenamtlichen Stadtrat im Magistrat, die sich alle für Sie und Ihre Nächsten unermüdlich für eine bürgernahe, soziale sowie sachbezogene und transparente Politik einsetzen. Wir wollen gemeinsam mit Ihnen Kassel zu

einem besseren, sichereren und lebenswerteren Ort machen, indem wir von der AfD-Fraktion in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung uns beispielsweise ausdrücklich gegen die umstrittene KVG-Liniennetzreform aussprechen oder uns für eine Senkung der Parkgebühren sowie eine flächendeckende Brötchentaste und einen Handwerkerparkausweis einsetzen.

Die Sicherheit, der Verkehr sowie die sozialen Bedürfnisse der Kasseler Bürgerinnen und Bürger stehen im Fokus unserer Fraktionsarbeit. So stellen wir beispielsweise gezielt sicherheitspolitische Anfragen zu extremistischen Bestrebungen, egal ob diese links, rechts oder religiös motiviert sind, machen Vorschläge zu den verkehrspolitischen Konzepten der anderen Fraktionen sowie des Magistrats oder stellen Fragen über Kitaplätze und die Ernährung in den Kasseler Kindertagesstätten und Schulen.

Ich hoffe, ich konnte mit diesem kurzen Einblick Ihr Interesse für unsere Fraktionszeitung wecken. Sollten Sie Fragen und Anregungen haben und uns kontaktieren wollen, finden Sie auf der Rückseite dieser Zeitung unsere Kontaktdaten. Ganz besonders möchte ich Sie auf unser Bürgertelefon aufmerksam machen, das Sie als einen direkten Draht zu den gewählten Vertretern der AfD in der Kasseler Stadtverordnetenversammlung nutzen können. Zögern Sie nicht und rufen Sie uns gerne mittwochs und freitags zwischen 11 und 18 Uhr unter der Rufnummer 0160 - 72 78 803 an und sagen Sie uns, was Ihnen auf dem Herzen liegt. Wir freuen uns auf Ihren Anruf! ■

Mit freiheitlich-konservativen Grüßen

Michael Werl
Fraktionsvorsitzender



Foto: Martina Schwarz-Eull



THOMAS SCHENK

Parteipolitik spielt in diesem Gremium eine untergeordnete Rolle. Als Beispiel sei hier die Migrationskrise 2015/16 genannt: Alle Gemeinden hatten in dieser hoffentlich einmaligen Ausnahmesituation die gleiche Interessen- und Problemlage: Es galt die Bewältigung der Kosten für die eingeforderte Unterbringung und Versorgung der Migranten den unmittelbaren Verursachern, dem Bund und dem Land Hessen, zu überlassen. Die Städte und Gemeinden wurden ungefragt in die Pflicht genommen und haben unter anderem über den hessischen Städtetag Druck auf die Landesregierung ausgeübt. Das Ziel ist hierbei geschlossenes Auftreten.

› EIN MITGLIED DER AfD-FRAKTION IST IM HESSISCHEN STÄDTETAG AKTIV

AfD-Fraktion fordert die Abschaffung des städtischen Pressespiegels



Sehr geehrte Leser des Durchblicks,

den meisten von Ihnen wird der „Hessische Städtetag“ dem Namen nach ein Begriff sein. Aber was ist das für ein Gremium? Im Hessischen Städtetag sind 75 Städte und Gemeinden mit ca. 3 Millionen Einwohnern, also ungefähr die Hälfte der Bevölkerung Hessens, organisiert.

Der Hauptzweck dieses Verbands ist es, die Interessen der Mitglieder gegenüber der hessischen Landesregierung zu vertreten. Darüber hinaus tritt der Verband beratend auf, organisiert den Erfahrungsaustausch zwischen den Städten und Gemeinden und kann auch die Mitglieder in wichtigen Dingen gerichtlich vertreten.

Die Delegierten des Hessischen Städtetages werden von den Mitgliedsstädten gestellt und in jeder Legislaturperiode nach der hessischen Kommunalwahl neu gewählt. Zuständig ist in Hessen laut hessischer Gemeindeordnung der Magistrat, da er die Gemeinde in den Gremien vertritt. Seit dieser Legislatur ist erstmals in Hessen die AfD auch im Hessischen Städtetag vertreten. Ich bin einer von sieben hessischen AfD-Delegierten und konnte die Wahl unseres stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Sven René Dreyer als Ausschussmitglied im Ausschuss für Umwelt und Verkehr erreichen. Die Kasseler AfD-Fraktion ist bemüht, möglichst viele Gremien zu besetzen, um mit frischem Wind die stehende Luft aus den Institutionen zu verdrängen. ■

Ihr Thomas Schenk,
Ehrenamtlicher Stadtrat im Magistrat der Stadt Kassel

In einer Ausgabe des Pressespiegels, einer Zusammenstellung von bundesweiten Presseartikeln im Zusammenhang mit Kassel, der per E-Mail unter anderem an die Stadtverordneten und die Magistratsmitglieder versendet wird, fand sich ein Artikel aus dem SPD-Parteiorgan „DEMO Vorwärts-Kommunal“, der eine niveaulose, schlecht recherchierte Schmutzkampagne gegen die AfD enthält.

Nach einem weinerlichen Bericht einer SPD-Abgeordneten, deren Konterfei wohl auf einer „rechten Internetseite“ aufgetaucht sei, während das massenhafte Erscheinen von Bildern und Adressen von AfD-Politikern auf linksradikalen Seiten keinerlei Erwähnung findet, kommt ein dubioser Bericht über eine „AfD-Stadtratsfraktion mit neun Mitgliedern“. Dass die Gemeindevertretung in Kassel nicht Stadt-

rat, sondern Stadtverordnetenversammlung heißt, ist dem Autor des SPD-Blattes offenbar ebenso unbekannt, wie die Tatsache, dass die Kasseler AfD-Fraktion über acht Mitglieder verfügt. Da nicht davon auszugehen ist, dass man uns aus Wohlwollen ein neuntes Mitglied zusprechen wollte, kann man nur schlechte Recherche konstatieren.

› MANGELHAFTE RECHERCHE
UND DIFFAMIERUNGEN IM
SPD-PARTEIORGAN.



Lobende Worte findet der Artikel für die Bestrebungen der übrigen Parteien im Kasseler Rathaus, sich als Fraktionen „links der AfD“ zur Blockade für jegliche demokratische Zusammenarbeit zusammenzuschließen und unsere gewählten Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung gezielt zu isolieren. Einige Mitglieder dieser „Block-Fraktion“ verlassen manchmal aus Protest den Saal und verweigern sich damit ihrer Aufgabe, für ihre Wähler Politik zu machen. Eine konstruktive Zusammenarbeit wird von dieser Seite konsequent verweigert.

Den Wählern der SPD ist zu wünschen, dass dieses Niveau nicht repräsentativ für die Arbeit der Partei als Ganzes ist. Böswillige Zeitgenossen könnten aus der Angelegenheit schließen, dass die SPD auf Schmutzkampagnen gegen die AfD angewiesen ist, da es an Argumenten in der politischen Auseinandersetzung mangelt. Da wohl alle Empfänger des Pressepiegels in der Lage sind, sich selbst umfassend zu informieren, plädiert die AfD-Fraktion für die Einstellung dieser willkürlichen Zusammenstellung von Pressesammelsurien. Wir sind überzeugt, die Mitarbeiter des Hauptamtes haben Wichtigeres zu erledigen. ■

Wiederwahl von Stadtbaurat Nolda (Grüne) beschlossen



Die neue Koalition im Kasseler Rathaus aus SPD, Grünen und zwei Überläufern der FDP hat zusammen mit mehreren Stimmen der Linkspartei, sowie Freien Wählern und Piraten die Wiederwahl von Stadtbaurat Christof Nolda (Grüne) beschlossen. Aufgrund der katastrophalen Leistungsbilanz von Herrn Nolda in der Verkehrspolitik soll diese Aufgabe zukünftig durch den früheren Bürgermeister der Stadt Vellmar, Dirk Stochla, übernommen werden. Die „besonderen Leistungen“ von Christof Nolda hatten bereits seine Wahl zum Verkehrsdezernenten der 400.000-Einwohner-Stadt Potsdam scheitern lassen.

Offensichtlich hatte nicht nur die AfD-Fraktion ihre Potsdamer Kollegen informiert, was nach erfolgreichen Vorwahlen dazu führte, dass Herr Nolda im Haupt-

wahlgang dreimal scheiterte. Seine Versuche, die Bevölkerung zur Benutzung von ÖPNV und Fahrrad umzuerziehen, auch mit der Zerstörung von Infrastruktur des motorisierten Individualverkehrs – mit Folgebelastungen für Anwohner, Umwelt, Verkehrsteilnehmer und Wirtschaft –, wollte man sich in Potsdam ersparen.

Welche Auswirkungen für die Stadt hat die unzureichende Konsequenz bei der Besetzung des Bau-dezernats?

Vom gesunden Menschenverstand zum Schutz der Bürgerinteressen in Potsdam hat man in Kassel hoffentlich endlich gelernt und zieht wenigstens die minimalen Konsequenzen. Dirk Stochla soll auch Sicherheit und Ordnung übernehmen.

Ein grundlegender Wandel in der Verkehrspolitik Kassels ist zu wünschen, damit endlich alle Verkehrsmittel gleichberechtigt werden und nicht Fahrstreifen, die pro Stunde mehreren 100 Fahrzeugen ein Fortkommen ermöglichen, für Fahrradwege beseitigt werden, die keine zehn Radfahrer in der gleichen Zeit nutzen.

Ebenso bleibt zu hoffen, dass zukünftig die Auswirkungen von Straßenumbauten und anderen Bauprojekten auf die städtische Schadstoffbelastung stärker berücksichtigt und so die bisherigen Fehler mit dem Schaffen von Stau und Stop-and-Go-Verkehr nicht fortgesetzt werden, die zu erheblichem Anteil für die hohe Schadstoffbelastung in Kassel mitverantwortlich sind.

Die mangelnde Zukunftstauglichkeit neu aufgestellter Bebauungspläne wird sich demnach nicht ändern, da diese Aufgabe im Verantwortungsbereich von Herrn Nolda bleibt. Diese werden wohl auch zukünftig nicht mit ausreichenden Parkplatzvorgaben ausgestattet, um den Anforderungen einer gesteigerten Elektromobilität gerecht zu werden. Elektro- und Hybridfahrzeuge benötigen ausreichend Parkplätze, die mit Ladesäulen ausgestattet werden können, was im öffentlichen Straßenraum kaum zu realisieren ist.

Die Errichtungsflächen für die Wohnbebauung werden wohl auch zukünftig oft so festgelegt, dass entweder auf Parkflächen verzichtet oder diese in die Häuser integriert werden müssen, was eine kostengünstige Bebauung und in der Folge bezahlbaren Wohnraum für Familien mit durchschnittlichem oder unterdurchschnittlichem Einkommen verhindert.

Bei anderen Bauprojekten, wie dem neuen documenta-Institut, das grundsätzlich von allen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung begrüßt wird, ist der geplante Standort Holländischer Platz umstritten. Zahlreiche groß gewachsene Bäume an einer der verkehrsreichsten Kreuzungen Kassels müssten gefällt werden. Noch nicht absehbar sind die Folgen für die Schadstoffbelastung der Luft bis in die untere Königsstraße. ■

Immense Kosten

für unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) bei mangelhafter Überprüfung



Seit der gegen die Rechtslage des deutschen Grundgesetzes und die Genfer Flüchtlingskonvention verstoßenden Einwanderungswelle wendet die Stadt Kassel immense Kosten für die Versorgung von unbegleiteten, mutmaßlich minderjährigen Ausländern auf, die meist mit Schlepperorganisationen nach Deutschland kamen.

Aus den von unserer Fraktion gestellten Anfragen ergibt sich folgendes Bild: Für jeden umA entstehen monatliche Kosten pro Person in Höhe von durchschnittlich ca. 5.000 €! Die Aufwendungen des Landes Hessen für Integrationskurse, schulische Integrationsklassen und sonstige Bildungsmaßnahmen sind hierbei noch nicht einmal mitberechnet. Stand September 2016 wurden in Kassel 280 umA betreut, was monatliche Kosten von ca. 1,4

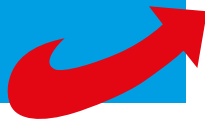
Mio. Euro bedeutete.

Kassel musste in 2016 über 15 Mio Euro für unbegleitete minderjährige Ausländer ausgeben. Die schwierige Feststellung der Identität sowie des wahren Alters dieser Jugendlichen erfolgt aufgrund erkenntnisdienlicher Daten des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie mittels Gesprächen durch das Jugendamt. Eine durchgehende maschinelle Echtheitsprüfung vorgelegter Ausweisdokumente, gemäß den Vorgaben der Bundesdruckerei, erfolgt nicht. Eine medizinische Altersfeststellung, zum Beispiel durch Röntgenverfahren, wie in Österreich üblich, ist nach Aussage der Stadt Kassel angeblich nicht zulässig und erfolgt deshalb ebenfalls nicht. Eine genaue Feststellung des Alters der umA ist aufgrund der daraus resultierenden unzureichen-

den Datenlage oft nicht möglich. Stichproben hatten immer wieder ergeben, dass die Altersangaben oft unzutreffend waren. Der besondere Schutz, den Deutschland zu Recht Minderjährigen gewährt, hat sich offenbar schnell auch bei denen herumgesprochen, die die magische Grenze zur Volljährigkeit oft schon vor mehreren Jahren überschritten haben.

Die Kosten für die Versorgung der umA werden im vollen Umfang vom Land erstattet. Bei der Bearbeitung kommt es jedoch zu Rückständen finanzieller und zeitlicher Natur. Die deshalb bis zu einem Jahr ausstehenden Zahlungen belaufen sich auf ca. 4 Mio. Euro. Die Stadt hat Abschlagszahlungen beantragt, eine Übernahme der Folgekosten für die Zwischenfinanzierung ist bisher nicht geklärt.

➤ FLÜCHTLINGE IN DER
HEIMATREGION BETREUEN!



In den Staaten, die an Krisengebiete angrenzen, könnte man in Zusammenarbeit mit dem UNHCR die Betreuung von Flüchtlingen sicherstellen, wie es auch in der Genfer Flüchtlingskonvention vorgesehen ist. Mit 5.000 Euro pro Monat, die in Deutschland für die Betreuung lediglich eines Jugendlichen reichen, könnte man in diesen Ländern ca. 50 Personen mit wetterfesten Unterkünften, menschenwürdigen Sanitäreinrichtungen, befestigten Wegen, Schulen und Weiterbildungseinrichtungen versorgen. Die notwendigen Aufwendungen in Höhe von 100 US-Dollar pro Monat und Person wären eine erhebliche Steigerung gegenüber den 30 US-Dollar pro Monat und Person, die der UNHCR vor seiner Reduzierung der Zuwendungen im Sommer 2015 aufwandte. ■

Versteckte Kosten der Migration



Die Anfrage der AfD-Fraktion mit dem Titel „Polizei, Feuerwehr, Ordnungsamt und Ordnungspolizei in der Stadt Kassel“ erkundigte sich nach der Anzahl von Polizeibeamten, ehren- und hauptamtlichen Feuerwehrleuten, Mitarbeitern des Ordnungsamtes und der Ordnungspolizei in der Stadt Kassel und wie viele davon im Außendienst beschäftigt sind. Die Frage nach den Polizeibeamten konnte aus Zuständigkeitsgründen nicht beantwortet werden. Die Anzahl der ehren- und hauptamtlichen Feuerwehrleute wurde mit 233 Einsatzkräften beziffert. Im Ordnungsamt sind aktuell 104 Mitarbeiter beschäftigt, in der kom-

munalen Ordnungspolizei sind 19 Personen tätig. Aufgrund der zahlreichen Einsätze in Flüchtlingsunterkünften musste das Personal für Rettungskräfte und Feuerwehr aufgestockt werden. Die Sicherheitsprobleme, die durch die Massenmigration verursacht werden, führen zu einer ständigen Einstellung neuer Mitarbeiter in diesem Bereich; ein weiterer Kostenfaktor der massenhaften Einwanderung, die an der Bevölkerung nahezu unbemerkt vorbeigeht. ■

(Stand: 9. Februar 2017 | Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung)

Gedenken an die Mordopfer des totalitären NS-Terrors

Verbrecher der „Geheimen Staats-Polizei“, einer der berichtigten Verbrecherorganisationen, die im Dritten Reich die Völker- und Massenmorde sowie Kriegsverbrechen des Naziregimes durchführten, ermordeten am 14. April 1945 zwölf Häftlinge des Gefängnisses in Wehlheiden. Die Gefangenen wurden hingerichtet ohne Prozess, sogar ohne eine dokumentierte und begründete Anklage, um zu verhindern, dass sie von den vorrückenden alliierten Streitkräften befreit würden.

Wir sind dort zusammengekommen, um der zwölf Menschen zu gedenken, die dem totalitären Terror des Naziregimes bei diesem Verbrechen zum Opfer fielen. Mit unserer Anwesenheit haben wir ein Zeichen gesetzt gegen das Vergessen solcher Ereignisse und auch gegen die Instrumentalisierung der Opfer für oder gegen bestimmte Ideologien und Überzeugungen.

Wir treten ein für ein Gedenken und eine Erinnerung, ohne Täter und Opfer nach ethnischer, religiöser, weltanschaulicher oder politischer Zugehörigkeit zu sortieren.

Diese Form eines auch heute noch verbreiteten Rassismus und Dogmatis-



mus lehnen wir ab. Wer noch heute Opfer und Täter nach zuvor genannten Kriterien sortiert und die Einzigartigkeit von Verbrechen betont, die bei verschiedenen Massen- und Völkermord-Regimen verbreitet stattfanden, um diese Ereignisse zur Diffamierung und Stimmungsmache gegen andersdenkende Demokraten zu benutzen, der arbeitet schon wieder an einem Fundament, das sich zur Errichtung eines neuen totalitären Terrorregimes in Deutschland eignet.

Leider mussten wir genau dies mit der Rede der Stadtverordnetenvorsteherin Frau Friedrichs erleben. Sie nahm dieses

Verbrechen in der Vergangenheit zum Anlass, in ihrer Rede Stimmung gegen Donald Trump, Marine Le Pen, Victor Orban, die polnische Regierung und weitere angebliche Populisten zu schüren. Von den Opferschicksalen und welche Handlungen diese Menschen zum Ziel des Terrors werden ließen war leider nichts zu erfahren. Zuvor hatte der Ortsbeirat als Veranstalter mit Hinweis auf sein „Hausrecht“ die Anwesenden der Alternative für Deutschland von einer aktiven Teilnahme ausgeschlossen. Unabhängig von der Rechtmäßigkeit dieser Handlung haben die Teilnehmer der AfD auf einen Eklat aus Respekt vor den Opfern verzichtet. Wir haben unseren Blumenschmuck zum Gedenken an die Opfer im Anschluss der offiziellen Veranstaltung am Mahnmal niedergelegt.

Unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Sven R. Dreyer hat in einer kurzen Ansprache zu unseren Teilnehmern und wenigen verbliebenen weiteren Anwesenden sein respektvolles Gedenken an die Opfer und auch an die Opfer weiterer gleichartiger Verbrechen zum Ausdruck gebracht. In dieser Ansprache hat er daran erinnert, dass solche Verbrechen zahlreich und mit Tausenden von Opfern vom Naziregime begangen wurden, dass aber nicht nur die Soldaten der amerikanischen, englischen und russischen Streitkräfte bei ihrem Vorrücken aufgehäufte Leichen von massenweise ermordeten Häftlingen erleben mussten, sondern dass bereits die deutschen Soldaten bei ihrem Vorrücken



in der von Stalin beherrschten Sowjetunion im Jahr 1941 diese Erfahrung machen mussten.

Die HNA berichtete über die Veranstaltung auf der Internetseite „Kassel-Live“ mit einem Foto, das die gedenkenden Teilnehmer zeigt. Doch auf diesem Foto ist kein einziger Teilnehmer der AfD zu sehen. Das Bild der HNA zeigt die Stadtverordnetenvorsteherin und die Teilnehmer anderer Parteien, die sich rechts vom Denkmal befanden. Zur Aufnahme dieses Bildes wurde die Perspektive der Kamera so gewählt, dass auf der anderen Seite stehende AfD-Mitglieder sowie nicht einmal mehr das Denkmal für die Gestapo-Opfer zu sehen ist, das eigentlich das Zentrum der Veranstaltung bildete.

Es drängt sich der Eindruck auf, dass mit dieser Art der Darstellung der Leser gezielt nicht darüber informiert werden sollte, dass auch Mitglieder der AfD an der Veranstaltung teilgenommen haben. Betrachtet man das Bild der HNA, wirkt es tatsächlich so, als seien alle anwesenden Teilnehmer darauf zu sehen.

Per Mail wies die Fraktion die HNA darauf hin, dass diese Fotografie ihrem Leitspruch „unabhängig, überparteilich“ nicht gerecht wird. Der Chefredakteur Frank Thonicke beantwortete dies mit einem Vergleich: „Wenn wir ein Fußball-Foto vom Torschützen veröffentlichen, sind auch nicht alle 22 Spieler, die sich auf dem Platz befinden, auf dem Bild.“

Dieser Fall zeigt wieder deutlich, wie wichtig es ist, sich als Bürger möglichst unabhängig und über viele Kanäle zu informieren. ■

Energieversorgung mit Wind und Sonne – unsicher und unbezahlbar

Die Grünen propagieren in Kassel weiterhin die Machbarkeit einer zuverlässigen und bezahlbaren Energieversorgung überwiegend aus Wind- und Sonnenenergie. Auch in der Stadtverordnetenversammlung werden Investitionen in diese Art der Energiewende den städtischen Werken vorgegeben. Als Beteiligte der Stadtwerke-Union-Nordhessen, SUN, werben die



Stadtwerke mit Stadtbaurat Christof Nolda für Investitionen in Windkraft mit Verkaufsveranstaltungen für Bürgeranteile an Betreiber-genossenschaften. Die Stadt selbst investiert darüber hinaus in überregionale Finanz- und Dienstleistungsgesellschaften für Wind- und Solarenergieerzeuger außerhalb Kassels, z. B. die Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG.

Gegen die Reform des Erneuerbare Energie-Gesetzes 2016, die verminderte Subventionierung dieser beiden Energieträger durch die Bundesregierung, wurde bitterlich und lautstark protestiert.

Die Bundesregierung hingegen hat langsam und spät begonnen, auf den Rat von Experten, wie das IFO-Institut unter der Leitung von Prof. Dr. Sinn, die etwas von Analysen bezüglich Finanzierbarkeit verstehen, zu hören.

Herr Prof. Dr. Sinn hat mehrfach höchst aufschlussreiche Vorträge zur Machbarkeit und Finanzierbarkeit der wind- und sonnenenergiebasierten Energiewende gehalten. Unter dem Titel „Energiewende ins Nichts“ sind diese auch auf Youtube noch verfügbar. Als Einstieg soll hier nur die Problematik angesprochen werden, dass die Energieerzeugung von Wind- und Solarkraftanlagen wetterabhängig ist und sich eben nicht nach dem auftretenden Bedarf steuern lässt, was eine große Herausforderung für die Sicherheit und Finanzierbarkeit einer darauf basierenden Energieversorgung darstellt.

Der volatile Solar- und Windstrom ist ohne Speicher nicht grundlastfähig. Gas-, Kohle- und Wasserkraftwerke sowie dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen müssen als Reserve bereitgehalten werden und erhöhen somit die Gesamtstromkosten.

› DERZEIT WIRD DIE GRENZE DER WIRTSCHAFTLICHEN VERTRÄGLICHKEIT INSBESONDERE BEI DER WINDKRAFT ZUNEHMEND ÜBERSCHRITTEN.

Die Konsequenzen sind verheerend. Wind- und Solarstrom, der über die Nachfrage hinaus produziert wird, lässt sich kaum verkaufen, oft wird er nicht einmal als kostenloses „Geschenk“ akzeptiert, da meist auch der angrenzende Netzbetreiber vertragliche und technische Probleme bekommt, wenn in seinem Bereich kurzfristig konventionelle oder atomare Kraftwerke heruntergefahren und vom Netz genommen werden müssen.

› DIE VERBRAUCHER BEZAHLEN VERSCHENKTEN ODER NICHT PRODUZIERTEN STROM ALS EEG-UMLAGE.

Die deutschen Verbraucher bezahlen diesen verschenkten oder nicht produzierten Strom über die EEG-Umlage den Wind- und Solarstromanlagenbetreibern schon heute teuer. Dieses Problem vergrößert sich mit jeder weiteren Windkraftanlage.

Technisch führt an der teuren und ineffizienten Speicherung von überschüssigem Strom für die Zeit von Strommangel kein Weg vorbei. Nur um den Teil der Stromversorgung, den früher in Deutschland die Kernenergie beitrug (ca. 20 Gigawatt Dauerlast), allein mit Wind- und Solarstrom zu ersetzen, müsste die bestehende Kapazität von Pumpspeicherkraftwerken um mehr als das 90-fache erhöht werden, was mindestens Kosten in Höhe von 350 Mrd. Euro bedeuten würde, ungefähr die Summe des Bundeshaushalts für ein Jahr. Selbst bei diesen Investitionen ginge noch 1/3 des von den Verbrauchern über das EEG teuer bezahlten Wind- und Solarstroms verloren, da jede Umwandlung von Energie nur mit Verlusten möglich ist und die Fähigkeit, auch selten auftretende Leistungsspitzen speichern zu können, die Kosten nochmals steigern würde.

Die Hessische Landesregierung sieht ca. 20 % der hessischen Waldfläche als Vorrangfläche für Windenergie vor, um ausreichend Strom erzeugen zu können. Die Grünen, die einstmals angetreten sind, um das Waldsterben aufzuhalten, haben mit großflächigen Rodungen hessischer Wälder für Windkraftanlagen kein Problem. Für die notwendigen Oberseen der Pumpspeicherkraftwerke sind noch viel umfangreichere Waldverluste zu erwarten.

Die Interessengruppen propagieren aus diesen Gründen derzeit häufig eine Lösung dieses Problems durch die Speicherung in Akkus. Hierzu sollen auch Akkus von Elektrofahrzeugen genutzt werden. Dass dieses Szenario völlig unrealistisch ist, wird deutlich anhand der Kosten von 100 Mio. Euro, die der Essener Kraftwerks- und Energie-Netzbetreiber Steag für die Speicherkapazität von 90 MWh – verteilt auf sechs stationäre Speicheranlagen als Kurzzeitpuffer – aufwenden musste.

Für den Ausgleich einer fünftägigen wetterbedingten Minderproduktion von 80 % (Nebel, Hochnebel und kein Wind, - Smogwetterlage) bei zugrunde liegenden 20 Gigawatt Dauerleistung wären Investitionen in stationäre Speicher von 2.100 Mrd. Euro nötig.

› DAS 4-FACHE DER KOSTEN DER WIEDERVEREINIGUNG UND DAS ALLE 5 BIS 10 JAHRE AUFGRUND BEGRENZTER AKKU-LEBENSDAUER.

Diese Belastung kann keine Regierung, die nochmal wiedergewählt werden möchte, den privaten Stromkunden aufbürden, auch der Wirtschaft nicht, ohne deren internationale Wettbewerbsfähigkeit und die Arbeitsplätze in Produktionsbetrieben erheblich zu vermindern ■

Turbulenzen

in der Stadtverordnetenversammlung



Bereits mehrfach bedienten sich neben anderen auch die Stadtverordneten Simon Aulepp, die Linke, und Jürgen Blutte, Grüne, zweifelhafter Methoden, die an dunkle Zeiten erinnern.

Wiederholt verunglimpfte der Lehrer im aktiven Dienst und wichtigster Agitator der SED-Nachfolgepartei Die Linke in der Kasseler Stavo, Aulepp, die Ziele der AfD-Fraktion als faschistisch und nationalistisch.

Jahrzehnte lang hatte man hinter dem eisernen Vorhang die Bundesrepublik Deutschland als Naziregime und ihre bürgerlichen Politiker als Nazis und Faschisten verunglimpft, obwohl sie die Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage des deutschen Grundgesetzes mit seinen Grundrechten als freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat aufgebaut hatten.

Die mit vielfältigen Sperranlagenbewährte Grenze der „DDR“ hingegen wurde für die Bürger, die vor der Unterdrückung und Ausbeutung durch die-

sen Unrechtsstaat fliehen wollten, zur Todesfalle, während die SED-Genossen sie als „antifaschistischen Schutzwall“ bezeichneten!

➤ GEGEN DIE AfD-FRAKTION
WIRD MIT ALTEN „DDR“-
PROPAGANDAMETHODEN
GEHETZT

Dieses Regime, für das die Forderung nach Freiheit für Kritiker und politisch Andersdenkende ein staatsgefährdendes Verbrechen war, griff Freiheit, Demokratie und Grundrechte der deutschen Bürger, die es in seinem Herrschaftsbereich bereits beseitigt

hatte, nicht nur mit Propagandamethoden an. Mit einer historisch einmaligen Unterwanderungsoperation des „Ministeriums für Staatssicherheit“ in der Bundesrepublik sollte auch hier diese Terrorideologie durchgesetzt werden. Beim Zusammenbruch des Regimes 1989 waren ca. 20.000 Stasi-Agenten im Westen mit einem jährlichen Millionenbudget an D-Mark-Devisen aus Ost-Berlin aktiv. Miteinander vernetzte Seilschaften dieser Agenten waren in allen damals existierenden Parteien, Gewerkschaften, Kirchenorganisationen, vielen Print- und Rundfunkmedien sowie pädagogischen Fakultäten an Universitäten installiert, wie eine Untersuchung im Auftrag des Deutschen Bundestages ab Mitte der Neunzigerjahre ergab, die Dr. Hubertus Knabe in den Stasi-Unterlagen der Gauck-Behörde über vier Jahre durchführte. Diese Agenten sollten nicht in erster Linie Informationen beschaffen, sondern sich gegenseitig in Führungs- und Schlüsselpositionen hieven. Auf diese Weise

sollte eine feindliche Übernahme von innen vorbereitet werden.

Ein weiterer Teil der Operation war die Unterstützung des Aufbaus der Partei „Die Grünen“ mit Hunderten von bezahlten Mitarbeitern des „MfS“ im Westen.

Der Plan des politischen Gegners, mit den Methoden des SED-Unrechtsregimes eine wirksame Vertretung von freiheitlichen und demokratischen Bürgerinteressen durch die Alternative für Deutschland zu verhindern, darf nicht aufgehen. Wir setzen uns zur Wehr, indem wir die frühere Mitgliedschaft in extremistischen Organisationen von Personen in den Führungsetagen der Altparteien thematisieren.

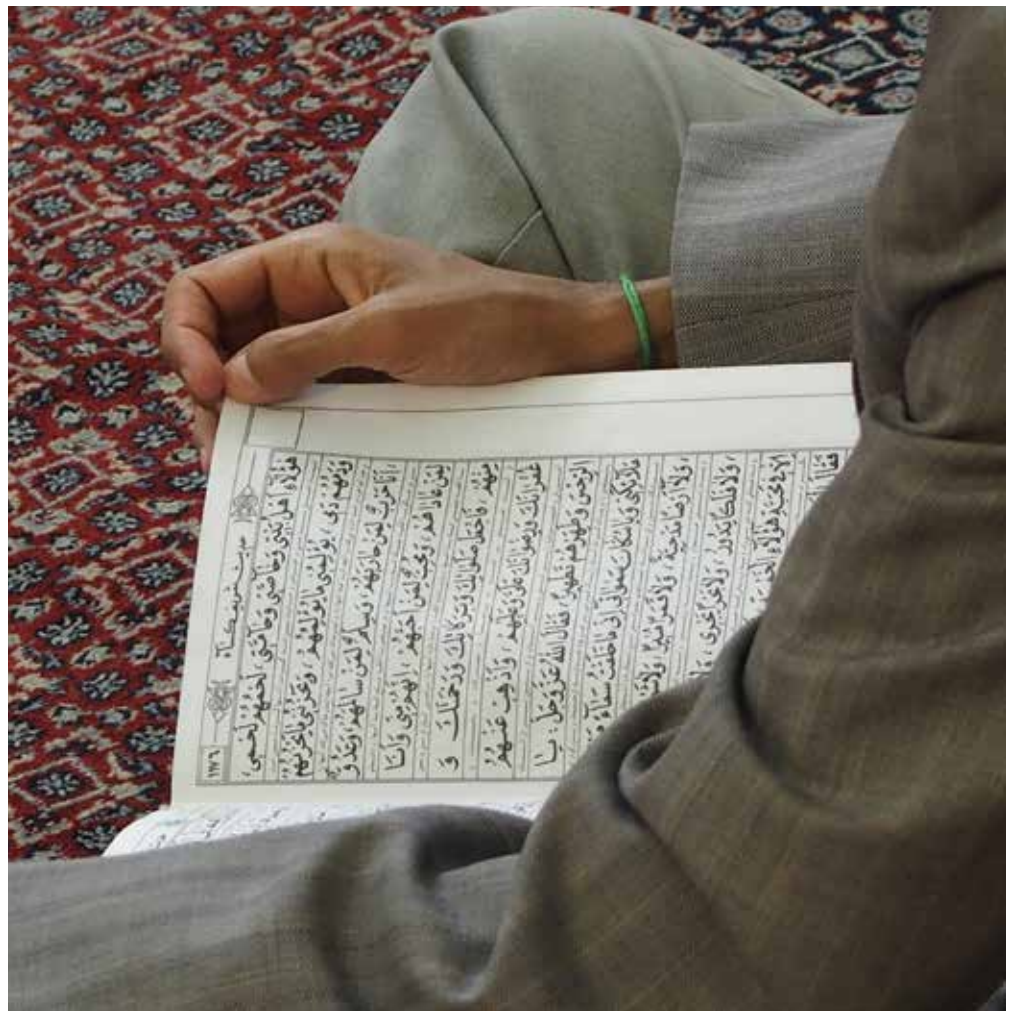
➤ KANZLERIN ANGELA MERKEL KÖNNTE MIT IHRER EXTREMISTISCHEN VERGANGENHEIT NICHT MITGLIED DER AfD WERDEN.

Die Lebensläufe von Bundeskanzlerin Angela Merkel und der heutigen Grünen-Chefin, Katrin Göring-Eckard, sind Paradebeispiele. Beide dienten in der Jugendorganisation FDJ des SED-Terrorregimes als Funktionärin für Agitation und Propaganda. Nachzulesen u.a. in der Biografie über Angela Merkel von Gerhard Langguth, die bei ihrem Erscheinen 2005, von der Zeitung „Die Welt“ mit einem mehrseitigen Artikel vorgestellt wurde.

Wenn man über die Lügen und Herzreden eines Sigmar Gabriel und die öffentliche Befürwortung von Gewalt gegen politisch Andersdenkende von Ralf Stegner nachdenkt, kommt einem der Gedanke, dass heutige SPD-Politiker an die Tradition verblichener SPD-Granden mit bolschewistisch-kommunistischer Vergangenheit, wie beispielsweise Herbert Wehner, anknüpfen möchten.

➤ GRUNDRECHTE VON POLITISCH ANDERSDENKENDEN SIND HEUTIGEN SPD-SPITZENPOLITIKERN UNERTRÄGLICH.

Als Anhänger von Freiheit, Demokratie und den Grundrechten des deutschen Grundgesetzes ist man angesichts der zuvor genannten Tatsachen vielleicht doch nicht schlecht beraten, die AfD bei ihrer Tätigkeit für die Einhaltung des Grundgesetzes und eine demokratische Weiterentwicklung nach Schweizer Vorbild zu unterstützen. ■



Koranverteilungen in Kassel

Die Anfrage „Koranverteilungen in Kassel“ der AfD-Fraktion erkundigte sich nach der Anzahl und den genaueren Umständen der Koranverteilungen der sogenannten „Lies!“-Aktionen im Stadtgebiet für die Jah-

re 2011 bis 2016. Das Ergebnis war, dass 124 „Lies!“-Aktionen im besagten Zeitraum stattfanden. Anmelder waren stets private Personen, über die aus Datenschutzgründen keine weitere Auskunft erteilt werden konnte. Ebenso wurden keine Genehmigungen dieser Koranverteilungen versagt. Durchgeführt werden diese Aktionen durch das Netzwerk „Die wahre Religion“, eine als

verfassungsfeindlich eingestufte Organisation. Mitten in Kassel verteilten sie mit Genehmigung der Stadt Koranübersetzungen der radikalsten Auslegung. Ergänzend wurde darauf hingewiesen, dass bei allen angemeldeten Koran-Verteilaktionen immer die Polizei und der Staatsschutz durch die Stadt Kassel informiert war und diese jeweils polizeilich überwacht wurden. ■

(Stand: 9. Februar 2017 | Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung)

Essay: Erfahrungen einer Kasseler Studentin

Der Stern in der Innenstadt ist berühmt und berüchtigt. Dönerbuden mit Halal-Angebot, türkische Bäckereien, Kioske und Handysshops säumen die Straße auf beiden Seiten. Auch hinter den Fassaden des Sterns, in den kleinen Straßen zwischen den Häusern, erinnert nichts mehr daran, dass man sich hier gerade in Deutschland befindet.

Multikulturell ist der Stern dennoch. Schließlich geht es, wenn Politiker über Multikulturalität sprechen, eigentlich nie um die deutsche Kultur. Zumindest am Stern stimmt ausnahmsweise die Aussage der Integrationsbeauftragten Özoguz (SPD), eine deutsche Kultur sei nicht feststellbar. Die „Deutsche Bäckerei“, die voriges Jahr an diesem Straßenzug ihr Geschäft öffnete, schloss binnen kürzester Zeit wieder. Es herrscht eine andere Nachfrage; diese bestimmen hier Menschen aus aller Herren Länder des islamischen Kulturkreises. Angenehm war es am Stern nie.

Die noch immer anhaltende große Einwanderungswelle hat in den letzten beiden Jahren die Situation verschärft. Selbst langjährige Imbissbudenbesitzer berichten von einer neuen Qualität der Kriminalität. Sie berichten von Afrikanern ohne Aufenthaltserlaubnis, die hier Probleme bereiten (die HNA berichtete). Der Polizei sind viele der fast täglich kontrollierten Personen am Stern bereits bekannt. Regelmäßig sind sie in diesem Areal im Einsatz. Es geht fast immer um Bandenkriminalität, Kokain und Prostitution. In jüngster Vergangen-

heit haben auch diverse Messerattacken mit lebensgefährlichen Konsequenzen für Aufsehen gesorgt. 2015 hatte am helllichten Tag ein Libyer einen Algerier auf der belebten Straße mit einem Oberschenkel-durchschuss schwer verletzt. Beide kannten sich seit Jahren aus dem Drogenmilieu. 2014 wurden am Stern zwei Polizisten während einer Schießerei schwer verletzt, der Angreifer wurde erschossen. Ende letzten Jahres starb ein Mann aus der Trinkerszene durch einen Messerstich in den Hals. Im Mai 2017 stach ein 23-jähriger Syrer auf einen 32-Jährigen ein und wurde erst eine Woche später gefasst, als er sich am Stern in der Nähe des Tatorts zufällig erneut aufhielt. Ebenfalls im Mai stach ein 27-Jähriger auf einen Mann ein, der im Halsbereich lebensgefährlich verletzt wurde. Am Tag darauf gingen zahlreiche Notrufe bei der Polizei ein, die eine Schlägerei und Schüsse in einem Hinterhof meldeten; doch der genaue Hergang ist bisher nicht geklärt. Die Täter sind fast ausschließlich Migranten.

➤ JUNGE FRAUEN MEIDEN
NACH MÖGLICHKEIT DEN
STERN.

Die Bürger haben sich inzwischen gewöhnt an den Anblick der Polizei als Dauergäste an diesem Verkehrsknotenpunkt, die an manchen Tagen bis zu 20 Mal ausrücken muss. Gewöhnt haben sich auch die Frauen daran, vor allem im Sommer diesen Bereich zu meiden, denn die düsteren Blicke der vor den Cafés sitzenden Männer sind ihnen bei kurzen Hosen und T-Shirts gewiss. Während der Stern tagsüber ein Ort mit unangenehmer Atmosphäre ist, so wird er nachts endgültig zur No-Go-Area. Wer sich trotzdem zu späterer Stunde in diese Gegend begibt, tut dies nur mit Pfefferspray und ähnlicher Ausstattung in der Tasche. Während den Gruppen von jungen Männern mit südländischem Äußeren in den Gassen rund um den Stern ausgewichen wird, die

im Schutze der Nacht ihre Drogengeschäfte abwickeln, begleitet aus der Ferne das Geräusch von quietschenden Reifen der illegalen Autorennen auf der Wolfhager Straße die Szenerie. Durch die Gassen streifen „leichte Mädchen“, wahrscheinlich Opfer osteuropäischer Menschenhändler. Ratten, die sich am Abfall der Dönerbuden sattfressen, runden diesen Anblick zusätzlich ab.

Mit der AfD ist eine einzige Fraktion im Rathaus vertreten, die sich in ihrem Wahlprogramm glaubwürdig dem Kampf dieser Zustände verschrieben hat. Diese Probleme sind nicht erst seit der AfD da, - sie sind vielmehr eine direkte Konsequenz jahrzehntelang verfehlter Einwanderungspolitik und gravierender Fehler, allen voran die totale Grenzöffnung durch Merkel im Jahr 2015. Die AfD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung verschließt vor den Problemen am Stern nicht die Augen. Sowohl mit zahlreichen Lösungsvorschlägen in ihrem Wahlprogramm zur Entschärfung der Situation, wie die Unterstützung der Täterverfolgung durch Videoüberwachung, als auch mit Pressemitteilungen und Öffentlichkeitsarbeit legen sie immer wieder den Finger in die Wunde und will Bewusstsein für die Probleme dieses Brennpunkts schaffen. Ichweigere mich schlichtweg, die Zustände am Stern als Normalität zu akzeptieren. Erst kürzlich entfachte die Diskussion über diese Zustände erneut, als Bedenken für die Sicherheit der documenta-Besucher geäußert wurden. Die AfD-Fraktion sorgt sich aber vor allem um die Sicherheit der Kasseler Bürger, die mit der Situation tagtäglich umgehen müssen.

Um jedoch wirklich effektiv die Probleme in Angriff nehmen zu können, muss in der aktuellen Politik ganzheitlich ein Umdenken stattfinden. Als einzige Partei fordert die AfD daher u. a. eine sofortige Beendigung der Einwanderung aus dem islamischen Kulturkreis und eine konsequente Abschiebung nicht aufenthaltsberechtigter Personen aus Deutschland. ■

Eine Kasseler Studentin

AUSWAHL VON PRESSE- MITTEILUNGEN

Null Toleranz für Kriminalität am Stern

Zur Eskalationsspirale am Kasseler Stern, die jüngst zu einer Großrazzia mit 70 Einsatzkräften und 50 kontrollierten Personen geführt hat, erklärt der Vorsitzende der Kasseler AfD-Fraktion, Michael Werl:

„Die AfD-Fraktion begrüßt das entschiedene Vorgehen gegen die Kriminalität am Stern und bedankt sich bei der Polizei für die durchgeführte Razzia. Die Situation an der Kreuzung in der Kasseler Innenstadt ist seit Jahren schon untragbar, doch die noch immer anhaltende Masseneinwanderungswelle hat zu einer weiteren drastischen Verschlechterung der Sicherheitslage geführt. Der Zusammenhang zwischen Einwanderung und der ausufernden Kriminalität wird am Stern so deutlich wie an kaum einem anderen Ort in Kassel. Selbst langjährige Imbissbudenbesitzer beklagten kürzlich in der HNA, dass die ohnehin schon angespannte Lage von Afrikanern ohne Aufenthaltserlaubnis, die in den letzten Monaten in den Rauschgifthandel eingestiegen sind, weiter verschärft wird.

Die Kasseler Bürger spüren diese Unsicherheit und wünschen sich dauerhaft mehr Präsenz der Polizei, denn nur ein starker Staat ist in der Lage, die Kriminalität dauerhaft zurückdrängen. Regelmäßige Razzien am Stern wären ein deutliches Signal an kriminelle Migranten, dass das staatliche Gewaltmonopol noch immer existiert und hierzu-



lande Gesetze gelten, die einzuhalten sind. Darum fordert unsere AfD-Fraktion schon seit langem Videoüberwachungen sowie massive Polizeipräsenz in den Kasseler Brennpunkten. Wir stehen für eine Null-Toleranz-Politik gegenüber jeglicher Art von Krimina-

lität und fordern, den Stern mit allen Mitteln, die der Rechtsstaat hergibt, wieder zu einer normalen Kreuzung zu machen, an der sich die Kasseler Bürger ohne mulmiges Gefühl aufhalten können.“ ■

[Pressemitteilung vom 02.06.2017](#)

Migranten machen Partymeile zur Gewaltmeile



Angesichts der brutalen Ereignisse der letzten Wochen auf der Partymeile der Friedrich-Ebert-Straße meldeten sich kürzlich die Wirte der Kneipen Fes, Bohemia und Joes Garage zu Wort,

um ihre alltäglichen Erlebnisse vor Ort zu beschreiben. Dazu erklärt Michael Werl, Vorsitzender der AfD-Fraktion:

„Die Wirte benennen deutlich Zustände, die wir bereits seit langem an-

prangern. Ihre Erfahrungen decken sich mit den von der AfD benannten Problemen, die die massenhafte Migration der letzten Jahre mit sich gebracht hat. Zusätzliches Sicherheitspersonal muss den friedlichen Gästen nun das mulmige Gefühl nehmen, das deutlich überwiegend von Gruppen junger Männer aus dem arabischen und afrikanischen Raum verbreitet wird. Der Respekt vor Frauen ist ihnen nicht nur unbekannt, er wird von ihnen kategorisch abgelehnt. Begrapschen und sogenanntes Antanzen gehören inzwischen zum Standardrepertoire dieser Klientel, die sich auch allgemein durch ihr aggressives Auftreten auszeichnet. Fakt ist: Das Feiern auf der „Fritze“ hat sich seit der Massenmigration und der grundgesetzwidrigen Grenzöffnung 2015 deutlich verändert. Und die Probleme, die das Zusammentreffen unterschiedlichster Kulturen auslöst, gehen in überwiegenderem Maß nicht von den Einheimischen aus. Im Gegenteil; sie sind es meist, die mit Messerstichen und Vergewaltigungen rechnen dürfen, die ihnen vor lauter Dankbarkeit für die Gastfreundschaft von den Neubürgern drohen.

Es ist keine Schande, sich die alten Zustände wieder herbeizusehen. Vor einigen Jahren war es den Kasseler Bürgern noch möglich, ohne Pfefferspray und Angst am Nachtleben teilzunehmen. Darum fordern wir eine starke Polizeipräsenz und Videoüberwachung auf der Friedrich-Ebert-Straße und weiteren Brennpunkten, um die aktuelle Situation wieder unter Kontrolle zu bringen. Am wichtigsten ist jedoch eine konsequente Abschiebepolitik, die bei Personen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus zum sofortigen Verlassen dieses Landes führen muss. Ebenso haben Geduldete und Anerkannte ihr Recht auf Schutz bei Straffälligkeit verwirkt. Auf diese Art der Bereicherung kann Kassel verzichten.“ ■

[Pressemitteilung vom 20.04.2017](#)



Lebensraum friedlicher Bürger verteidigen

Zum neuesten Vorfall von gefährlicher Körperverletzung in der Friedrich-Ebert-Straße, bei dem ein 31-jähriger Mann mehrere Stichverletzungen durch eine Messerattacke davontrug, erklärt der Vorsitzende der AfD-Fraktion, Michael Werl:

„Die Ereignisse von vergangener Samstagnacht machen fassungslos. Offenbar wurde gezielt eine wehrlose Person ausgewählt, um ihr völlig grundlos mit einem Messer und einem Gürtel schwere Verletzungen beizubringen, die lebensgefährlich hätten sein können. Dieses willkürliche und ungeheuer aggressive Vorgehen verbreitet Angst, reiht sich dieses Ereignis doch in eine Reihe von weiteren Vorfällen ein, bei denen in den vergangenen Wochen immer wieder friedlich feiernde Menschen auf der Friedrich-Ebert-Straße verletzt wurden.

Auffällig ist, dass es sich bei den Tätern fast jedes Mal um eine Gruppe von südländisch aussehenden, teilweise

arabisch sprechenden Männern Mitte 20 handelt. Es gilt, dieser Tätergruppe nicht das Feld zu überlassen. Aus Gründen der politischen Korrektheit die Tatsache zu verschweigen, dass diese Klientel häufig Probleme bereitet und durch Aggressivität auffällt, schützt die Täter und schadet den Opfern.

Es ist nicht rechtens, dass Kasseler Bürger nach und nach Straßenzüge ihrer Stadt meiden müssen, weil andere diese „übernommen“ haben. Einige Gebiete sind inzwischen zu No-Go-Areas geworden. Dazu fordern wir eine verstärkte Polizeipräsenz und Videoüberwachung in den problematischen Bereichen der Kasseler Innenstadt, in denen es zu Überfällen, Belästigungen, Körperverletzungen oder anderen Straftaten kommt. Gerade die Videoüberwachung hat sich als effektives Werkzeug in der Täterverfolgung erwiesen. Es ist die Pflicht der Politik, die Lebensräume friedlicher Bürger zu verteidigen und der schleichenden Landnahme krimineller Gruppierungen entschieden zu begegnen.“ ■

[Pressemitteilung vom 13.04.2017](#)

Das Verschwinden der documenta aus Kassel verhindern



Zur Entscheidung, die diesjährige documenta zusätzlich in Athen stattfinden zu lassen, sagt Michael Werl, Vorsitzender der Kasseler AfD-Fraktion:

„Die Identität der Stadt Kassel ist mit der documenta untrennbar verbunden. Die Verdienste dieses künstlerischen Großereignisses für das Image dieser Stadt sind von großem Wert und dürfen nicht leichtfertig verspielt werden.“

Die Entscheidung, Athen für die diesjährige documenta als weiteren Schauplatz zuzulassen, zeugt von ungeheurer Ignoranz des Kuratoriums gegenüber der Bedeutung dieser Ausstellung für Kassel und die wechselseitige Untrennbarkeit beider. Der verantwortungslose Umgang mit dem Erbe der documenta ist ein Skandal und wäre sicherlich nicht zustande gekommen, würde documenta-Gründer Arnold Bode sich noch dazu äußern können.

Athen als Hauptstadt Griechen-

lands und Touristenmagnet ist Kassel in seinem Bekanntheitsgrad deutlich überlegen. Die Verantwortlichen haben mit ihrer Entscheidung einer Entwicklung Anstoß gegeben, die vermutlich zu einer langfristigen Verlagerung der documenta außerhalb Kassels führen wird. Einige Presseberichte freuen sich über den positiven Effekt für Athen, doch dieser sollte zum einen nicht unser Anliegen sein, zum anderen geht er auf unsere Kosten. Denn Kassel wird in diesem Jahr zum Nebenschauplatz degradiert. Von hier aus werden zahlreiche Besucher nach Athen reisen, doch von dort aus vermutlich kaum welche nach Kassel.

Dies war nur möglich, weil die Ver-

antwortlichen nicht willens sind, für die Identität Kassels einzustehen. Wer keine Achtung vor den Errungenschaften seiner eigenen Stadt hat, kann nicht erwarten, dass andere sie ihr entgegenbringen. Mit Aussagen wie „Das Leben ist anderswo“ hat sich documenta-Leiter Adam Szymczyk bereits für diese Aufgabe disqualifiziert.

Die Kasseler AfD-Fraktion steht für die Verteidigung Kasseler Kulturguts und für das Recht, die documenta für unsere Stadt zu beanspruchen. ■

[Pressemitteilung vom 10.04.2017](#)

Kasseler AfD-Fraktion fordert die Abschiebung des Imams der Medina-Moschee



Die AfD-Fraktion im Kasseler Rathaus bedankt sich bei der Polizei für die monatelange Arbeit, die sie dafür aufgewendet hat, um Mitten im Herzen Kassels ein Zentrum des Islamismus und Terrors aufzudecken. Dank ihres Einsatzes wurde die Medina-Moschee in der Schäfergasse geschlossen und der dazugehörige „Almadinah Islamischer Kulturverein“ verboten.

Dennoch bleibt ein bitterer Nachge-

schmack. Die Medina-Moschee ist nicht die einzige in Kassel, die Kontakte zur salafistischen Szene hat. Auch Moscheen, in denen ein türkisch-nationalistischer Fundamentalismus propagiert wird, sehen wir als Bedrohung unserer Freiheit und Demokratie an, gegen die endlich gehandelt werden müsste.

Den zuständigen Behörden war hinlänglich bekannt, dass der Imam dieser Moschee zum Dschihad aufrief und von

dort aus zahlreiche Personen nach Syrien ausgereist sind, um sich dem IS anzuschließen. Mit der Schließung der Moschee sind Salafisten in ganz Nordhessen die Räumlichkeiten vorerst entzogen worden – doch die betreffenden, potenziell hochgradig gefährlichen Personen sind noch immer da. Gerade angesichts der gestrigen, grausamen Anschläge in London lässt sich erahnen, wie viele Terroristen unerkannt unter uns leben und dass Europa sich auch in Zukunft mit dem importierten islamistischen Terror wird befassen müssen.

Es gilt, die Verfolgung von Salafisten so effektiv und effizient wie möglich zu machen. Abschiebungen müssen als Maßnahme zum Schutz der eigenen Bevölkerung zu einer Selbstverständlichkeit werden. Die traurige Tatsache, dass der Terror sich in den Alltag einschleicht, ist kein unbeeinflussbarer Prozess, den die Bürger zu akzeptieren haben. Die Ursache für den Verlust unserer öffentlichen Sicherheit ist, dass die Bundesregierung nicht willens war, diese zu schützen. Wer sie wieder zurückbekommen will, muss darum kämpfen. Ein naheliegender Schritt wäre, den verantwortlichen Hassprediger der Medina-Moschee des Landes zu verweisen. Salafismus gehört nicht zu Deutschland. ■

Pressemitteilung vom 23.03.2017

AfD-Fraktion fordert Auftrittsverbot für türkische Politiker in Kassel

Erdogans verbale Entgleisungen sind inakzeptabel und müssen Konsequenzen haben. Dänemark und die Niederlande sind bereits mit gutem Beispiel vorangegangen und haben Vertretern des Erdogan-Regimes den Auftritt verboten. Hierzu erklärt Sven R. Dreyer, stellvertretender Vorsitzender der AfD-Fraktion:

„Es liegt nun an Deutschland, Solidarität zu zeigen und Wahlkampfauftritte ebenfalls zu verbieten. Der Grundgedanke unserer Demokratie ist nicht damit vereinbar, auf der einen Seite auf Meinungsfreiheit zu pochen und auf der anderen Seite Erdogan für seine Art „Ermächtigungsgesetz“ eine deutsche Plattform zu geben. Wenn die Bundesregierung nicht willens ist, konsequent in dieser Angelegenheit vorzugehen, so ist es die Sache der regionalen Politiker, zumindest in ihrem Einflussgebiet für die deutsche Souveränität einzustehen.

Wir fordern den Magistrat daher



auf, Wahlkampfauftritte von türkischen Politikern und die Zweckentfremdung von Moscheen der DITIB zu diesem Zweck in Kassel zu verhindern. Auch der Magistrat in Kassel sollte endlich die Gefährlichkeit der fundamentalistischen Demokratiefreunde vom Bosphorus für unsere Sicherheit und Grundrechte erkennen. Angesichts der vorgestern bekannt gewordenen europaweiten Hackerattacken von Erdogan-Sympathisanten sollte deutlich sein, wie verantwortungslos die bisherige Verharmlosung ist.“ ■

Pressemitteilung vom 17.03.2017

Stellenabbau

bei Bombardier auch eine Folge verfehlter Verkehrspolitik



Das Kasseler Traditionsunternehmen Bombardier steht seit einiger Zeit im Zeichen von Stellenabbauplänen. Zurzeit bangt das Unternehmen um 80 Stellen im Bereich der Entwicklung und Planung. Dazu sagt Sven R. Dreyer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und verkehrspolitischer Sprecher der Fraktion:

„Der nun forcierte Abbau in der Entwicklung und Planung könnte nur den Anfang für weiteren Abbau auch in der Fertigung markieren und letztendlich an der Existenz des gesamten Standorts rütteln. Bombardier ist jedoch mit Kassel tief ver-

wurzelt und stellt neben einer Existenzsicherung für viele Menschen auch ein Stück Kasseler Industriekultur dar. Es ist an der Kasseler Stadtregierung, für den Erhalt zu kämpfen und der Zukunftssicherheit des Unternehmensstandorts keine weiteren Steine in den Weg zu legen. Ich kritisiere schon seit Jahren die schlechte Verkehrsanbindung der Industriebetriebe im Kasseler Norden, die ein Risiko darstellt für deren nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit am Kasseler Standort.“ ■

Pressemitteilung vom 16.12.2016

Kasseler AfD-Fraktion lehnt den Haushaltsentwurf ab



In der Stadtverordnetenversammlung am 12.12.2016 lehnte die Kasseler AfD-Fraktion den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr 2017 ab. Grund für diese Entscheidung sind diverse Ausgaben, die unter einem vernünftigen Gesichtspunkt nicht zu rechtfertigen sind. Dazu erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Sven Dreyer:

„Die unveränderte Umerziehungsabsicht entsprechend der Grünen-Ideologie, die in diesem Haushaltsentwurf fortgesetzt wird, schadet unserer Stadt und ihren Bürgern. Die Scheingeschäfte mit der FDP für deren Haushaltszustimmung ändern daran nichts. Ein grundsätzliches Problem dieses Haushaltsentwurfs stellen Mittel von über 40 Mio. Euro dar, die für Asylsuchende vorgesehen sind. Dieses Geld steht nur deshalb im Haushalt, weil die Bundesregierung seit Sommer letzten Jahres das deutsche Grundgesetz missachtet und internationale Verträge de facto außer Kraft gesetzt hat. Wir werden dieser nachgewiesenen verfassungswidrigen Politik nicht zustimmen, auch nicht einem daraus resultierenden Haushaltsentwurf. Es handelt sich um Steuergelder der Leistungsträger unserer Gesellschaft, die das Funktionieren dieses Staates finanzieren. Mit dieser verantwortungslosen Politik wird nicht nur Steuergeld verspielt, sondern auch die Zukunft unserer Kinder und unseres Landes, um diese einer Pseudohumanität zu opfern, die keiner ernsthaften Prüfung standhält.“ ■

Pressemitteilung vom 13.12.2016



Professor Dr. Holzapfel bestätigt

die Kritik des AfD-Verkehrspolitikers Herrn Sven R. Dreyer an der geplanten Umweltzone im Umweltausschuss am 22.09.2016

Mit der Veröffentlichung der Titelseite des Extra-Tip am 12.10.2016 wurde deutlich, dass Professor Dr. Helmut Holzapfel von der Universität Kassel aufgrund einer nahezu übereinstimmenden fachlichen Einschätzung die Einführung einer Umweltzone mit grüner Plakette scharf kritisiert.

Denn auch nach seiner Überzeugung ist eine solche Umweltzone in Bezug auf Stickoxide unwirksam. Bereits in der oben genannten Ausschusssitzung hatte Herr Dreyer im Namen der AfD-Fraktion der Kasseler Stadtverordnetenversammlung diese Pläne mit der Argumentation kritisiert, dass ein Fahrverbot für die betroffenen 7% des Fahrzeugbestands in Kassel schon aus technischen Gründen keine Verbesserung bewirken kann.

Es gibt keinen Unterschied zwischen

der Abgasreinigungstechnik bezüglich Stickoxiden von Dieselfahrzeugen der Abgasklassen Euro 2 (rote Plakette), Euro 3 (gelbe Plakette) und Euro 4 (grüne Plakette), da diese Fahrzeuge über keine Stickoxidreduktion verfügen. Der erstmals meist bei Euro 4 verbaute Partikelfilter ist gegen Stickoxide wirkungslos. Die aufgrund von Berechnungen des grün geführten Umweltministeriums in Wiesbaden prognostizierten Stickoxid-einsparungen von fast 4% können nur basierend auf völlig realitätsfernen Annahmen errechnet worden sein. Auf die Nachfragen nach diesen Berechnungsgrundlagen blieb der grüne Umweltdezernent Herr Nolda eine Sachauskunft schuldig mit der Aussage, Wiesbaden werde schon richtig gerechnet haben. ■

Pressemitteilung vom 14.10.2016

Vorstellung

der Fraktionsmitglieder und des ehrenamtlichen Stadtrats im Magistrat



THOMAS SCHENK

ehrenamtlicher Stadtrat im Magistrat



MICHAEL WERL

Fraktionsvorsitzender

Ausschüsse: „Kultur | Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung | Eingabeausschuss | Wahlprüfungsausschuss“



SVEN R. DREYER

stellv. Fraktionsvorsitzender und Fraktionsgeschäftsführer

Ausschüsse: „Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung | Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr | Umwelt und Energie | | Grundstücksausschuss“



THOMAS MATERNER

stellv. Fraktionsvorsitzender

Ausschüsse: „Kultur | Schule, Jugend und Bildung | Soziales, Gesundheit und Sport“



DIETER GRATZER

Fraktionsmitglied

Ausschüsse: „Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen | Soziales, Gesundheit und Sport | Umwelt und Energie | Wahlvorbereitungsausschuss“



GERHARD GERLACH

Fraktionsmitglied

Ausschüsse: „Revisionsausschuss | Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr | Eingabeausschuss | Wahlvorbereitungsausschuss“



PETER MARGGRAFF

Fraktionsmitglied

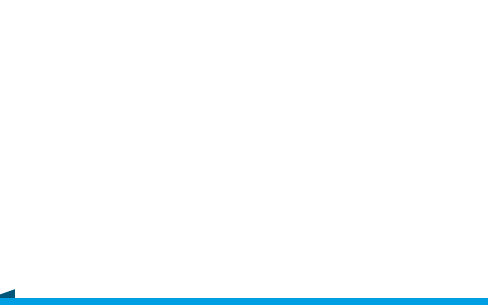
Ausschüsse: „Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen“



MICHAEL DIETRICH

Fraktionsmitglied

Ausschüsse: „Revisionsausschuss | Wahlprüfungsausschuss | Grundstücksausschuss“



ADRIANE SITTEK

Fraktionsmitglied

Ausschuss: „Schule, Jugend und Bildung“

BÜRGERTELEFON UND BÜRGERSPRECHSTUNDE – IHR DIREKTER DRAHT ZUR RATHAUSFRAKTION

Bürgertelefon: **0160 - 72 78 803**

jede Woche mittwochs und freitags von 11 bis 18 Uhr



Bürgersprechstunde: jede Woche freitags von 15 bis 19 Uhr in der Fraktionsgeschäftsstelle im Kasseler Rathaus (Raum W125), individuelle Terminvereinbarungen sind möglich.

Im Internet können die Bürger die Arbeit der AfD-Fraktion ungefiltert verfolgen, auch in Kassel. Aus erster Hand wird auf diesem Weg über die Arbeit der AfD-Fraktion berichtet. Die sozialen Netzwerke sind zugleich ein guter Weg, um die mitunter lückenhafte Berichterstattung mancher Medien über die Arbeit der AfD-Fraktion zu ergänzen. Facebook sowie unsere Internetseite geben uns die Möglichkeit, die Bürgerinnen und Bürger direkt und topaktuell zu informieren. Schauen Sie doch einfach mal bei uns im Internet vorbei und machen Sie sich ein ungefiltertes Bild von der Arbeit der Fraktion.

DIE FRAKTION IM INTERNET

Öffnungszeiten der Fraktionsgeschäftsstelle:
Montag bis Freitag von 9 bis 13 Uhr sowie
Mittwoch bis Freitag von 15 bis 19 Uhr
Telefonkontakt Fraktionsgeschäftsstelle:
(0561) – 787 32 65

Direkter E-Mail-Kontakt zum Stadtverordneten:
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

Direkter E-Mail-Kontakt zu dem ehrenamtlichen Stadtrat im
Magistrat: **thomas.schenk@afd-hessen.de**

Alternative
für
Deutschland

Impressum

V.i.S.d.P.:
AfD-Fraktion in der Kasseler
Stadtverordnetenversammlung
Michael Werl (Fraktionsvorsitzender)
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel

Herausgeber:
Michael Werl (Fraktionsvorsitzender)
Obere Königstraße 8
34117 Kassel

Redaktion:
Sven R. Dreyer und Thomas Schenk
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel

Layout und Herstellung:
Polifakt Medien GmbH -
Verlag · Medienhaus · Agentur
Torgauer Straße 231-233
04347 Leipzig
Auflage: 86.000 Exemplare

www.afd-fraktion-kassel.de



www.facebook.com/AfDFraktionKassel